

Flüchtlinge haben keine Wahl – Flüchtlingslager Lebach schließen, Sachleistungen abschaffen

Grundsätzliche Überlegungen des Saarländischen Flüchtlingsrates (SFR) zur Asylpolitik im Saarland über den Wahltag (30.08.2009) hinaus

Die Situation im Flüchtlingslager Lebach ist nicht mehr länger hinnehmbar. Im Interesse der dort untergebrachten Menschen ist eine grundlegende Veränderung im Bereich der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen im Saarland notwendig – und auch möglich. Was unserer Meinung nach wirklich getan werden müsste, um dem Anspruch einer humanen Flüchtlingspolitik gerecht zu werden, wollen wir in diesem Papier skizzieren. Wir wenden uns dabei an alle, die nicht länger bereit sind, achselzuckend oder mit dem Verweis auf die berühmten Sachzwänge die Lebacher Tristesse hinzunehmen.

Rund fünf Jahre lang hat der SFR immer wieder die Situation im Flüchtlingslager Lebach auf die politische Agenda gesetzt, hat sie thematisiert und kritisiert, hat konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht und unterschiedliche Veranstaltungen dazu organisiert. Dadurch haben wir bewirkt, dass über das Flüchtlingslager und über menschenwürdige Alternativen zur bisherigen Praxis diskutiert wird. Niemand aus dem Parteienspektrum kann sich dieser Diskussion noch entziehen. Als unmittelbaren Erfolg der bisherigen Arbeit des SFR sehen wir weiterhin: Die Schulpflicht gilt jetzt auch für Flüchtlingskinder, ein neues Bad wurde im Flüchtlingslager Lebach gebaut und auch die rabiaten Abschiebungen, wie sie beispielsweise bei der Familie Celik-Özel aus Gerlfangen oder der Familie Özdemir aus Wadern noch an der Tagesordnung waren, mussten eingestellt werden. Selbst die Einrichtung einer Härtefallkommission für geduldete Flüchtlinge, wie sie in anderen Bundesländern üblich war, war im Saarland nicht ohne politischen Druck zu haben.

Im Innenministerium und in der Verwaltung des Flüchtlingslagers haben wir uns mit unserem Engagement keine Freunde gemacht. Das wundert uns nicht, denn vor allem die Situation im Lager Lebach ist bis auf den heutigen Tag so gewollt. Hätte man es anders machen wollen, kein Bundesgesetz, keine europäische Verordnung, hinter denen man sich bisweilen verbal zu verstecken sucht, hätten dem entgegengestanden. Es ist eine politische Entscheidung, die in erster Linie die CDU-Landesregierung zu verantworten hat. Aber auch die Verwaltung hat nicht sehr viel dafür getan, dass sich in der Unterkunft die Situation der Menschen qualitativ verbessert. Wann immer die Gelegenheit zur öffentlichen Stellungnahme war, und diese Gelegenheiten gab es regelmäßig schon durch unsere Öffentlichkeitsarbeit, wurde jede Kritik abgeblockt und die Situation im Lager Lebach schön geredet.

1. Unterbringung

Das Leben im Lager Lebach ist jedoch nicht schön. Es vollzieht sich auf engstem Raum. Die Flüchtlinge sind in 53 Wohngebäuden mit jeweils 4-6 Wohnungen untergebracht. Die Wohnungen ihrerseits bestehen aus Zimmern, auf denen sich über Jahre hinweg zwei bis vier Personen, die sich oftmals vollkommen fremd sind, aufhalten müssen. Die Zimmer haben in der Regel zwei Etagbetten, einen Spind, einen Tisch, vier Stühle und einen Kühlschrank. Mehr ist nicht vorgesehen. Gekocht wird in Gemeinschaftsküchen, die für mehrere Personen vorgesehen sind. Geduscht wird zu bestimmten Öffnungszeiten in einem zentralen Bad. Waschmaschinen gibt es in gesonderten Räumen. Wer sie nutzen will, braucht eine Terminkarte. Und das heißt unter Umständen Schlange stehen.

Wo das Leben so organisiert ist, sind Konflikte vorprogrammiert. Im Flüchtlingslager Lebach gibt es keine Privatsphäre. Die Hausmeister können jederzeit tagsüber die Wohnungen ohne Ankündigung betreten. Es sind regelrechte Kontrollgänge: Wer hält sich unerlaubterweise in der Wohnung auf? Oder gibt es dort unerlaubte Gegenstände wie eine Friteuse (kein Witz!) oder ähnliches? Es gibt auch Kontrollen, wenn niemand in der Wohnung ist. Verstöße gegen die Ordnung werden übrigens immer mit Sanktionen geahndet; man darf dann zum Beispiel einen Tag keine Wäsche waschen.

2. Geessen wird, was vom Amt kommt

Das 1993 eingeführte Asylbewerberleistungsgesetz ist ein Sondergesetz, das den Lebensunterhalt von Asylsuchenden und Flüchtlingen regelt. Eine Konsequenz dieses Gesetzes ist, dass in Lebach die Flüchtlinge zweimal die Woche für Lebensmittel- und Hygienepakete anstehen müssen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine vorübergehende, sozusagen zeitlich befristete Maßnahme. Alle sind davon betroffen, neuankommende Asylsuchende genauso wie die große Zahl der Geduldeten, die seit Jahren nichts anderes kennen als die Versorgung aus Lebensmittelpaketen.

Für die Landesregierung ist die diskriminierende Sachleistungsversorgung scheinbar das Normalste auf der Welt, für uns ist sie ein Beispiel dafür, wie Asylpolitik hierzulande gegen die Bedürfnisse der Menschen vollstreckt wird. Sogar um den Preis, dass Verwaltungsaufwand und Transport der Lebensmittelpakete mit Mehrkosten verbunden sind. So erfolgt in Lebach die Versorgung mit Lebensmitteln durch eine rund 400 km entfernte Firma aus Bamberg.

Allein schon wegen der hohen Kosten zahlen in Deutschland viele Kommunen die Leistungen in Bargeld aus. So werden in Hamburg, Bremen, Berlin, Hessen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend Geldleistungen gewährt.

Die Gängelung der Menschen in Lebach durch Sachleistungen muss endlich ein Ende haben. Stattdessen fordern wir die Umstellung auf Geldleistungen für alle Flüchtlinge.

3. Medizinische Situation – die beste Gesundheitsvorsorge wäre die Schließung des Lagers Lebach

Tatsache ist: Flüchtlinge kommen oft aus Ländern mit schlechter Gesundheitsversorgung. Manche von ihnen sind traumatisiert, sei es durch die Ursachen ihrer Flucht oder durch Umstände und Ereignisse während ihrer Flucht. Und dann kommen sie in ein deutsches Flüchtlingslager. Das Leben dort auf engstem Raum, der Ausschluss vom Arbeitsmarkt, die

Versorgung durch Lebensmittelpakete, die Angst abgeschoben zu werden usw., das alles beeinträchtigt ganz erheblich ihre Gesundheit.

Gleichzeitig ist der Zugang zum Gesundheitswesen - auch das eine Konsequenz aus dem Asylbewerberleistungsgesetz – eingeschränkt und es kommt immer wieder zur Nichtbehandlung von Krankheiten. Denn die Flüchtlinge bekommen nur dann ärztliche Leistungen bezahlt, wenn dies der Linderung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände dient. Wer zum Beispiel unter einer chronischen Krankheit leidet, hat, so zynisch muss man es sagen, Pech gehabt.

Darüber hinaus werden die von den Ärzten verordneten Maßnahmen durch die fachfremde Leistungsabteilung der Lagerverwaltung auf ihre Notwendigkeit hin überprüft. Das kann so weit gehen, dass das Gesundheitsamt eingeschaltet wird und nach Aktenlage entscheidet, ob eine medizinische Maßnahme finanziert wird oder nicht.

Der SFR orientiert sich an der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wonach Gesundheit nicht nur die bloße Abwesenheit von Krankheiten, sondern ein Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens ist.

In diesem Sinne fordern wir einen uneingeschränkten Zugang zum Gesundheitswesen und freie Arztwahl für alle Flüchtlinge. Und nicht vergessen: Die beste Gesundheitsvorsorge wäre die Schließung des Lagers Lebach.

4. Die soziale Situation geduldeter Flüchtlinge

Als Reaktion auf unser Pressegespräch zum Tag der Menschenrechte 2008 erklärte der Chef der Verwaltung in Lebach, Horst Finé, dass viele, die im Flüchtlingslager Lebach untergebracht wären, eigentlich gar nicht hier sein dürften. In das gleiche Horn blies Innenminister Meiser, als er in Reaktion auf unser Pressegespräch im März 2009 mit Heiko Maas und Ulrich Commerçon, wo es u.a. um die Begrenzung der Aufenthaltsdauer in Lebach auf drei Monate ging, über die Saarbrücker Zeitung erklären lies, dass von 865 Flüchtlingen in Lebach 634 vollziehbar ausreisepflichtig seien.

Da fragen wir uns schon: Ist Lebach also eine Art Ausreisezentrum? Feststeht, dass es in Lebach mehrere hundert und bundesweit mehrere zehntausend geduldeter Flüchtlinge gibt, die seit Jahren in Lagern leben müssen, ohne Perspektive und ohne Angebote zur gesellschaftlichen Integration.

Das Problem ist nicht etwa ein Mangel an Integrationsangeboten. Das Problem ist, dass die Integration Geduldeter von der CDU-Landesregierung bewusst verweigert wird. Denn wenn von Integration die Rede ist, und davon ist in den letzten Jahren sehr viel die Rede, sind immer nur die Migrantinnen und Migranten gemeint, die nach Staatsauffassung „rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland leben“.

Ein Mittel, um Integration zu verhindern und damit geduldeten Flüchtlingen das Leben so unangenehm wie möglich zu gestalten, ist das faktische Arbeitsverbot. Während des ersten Jahres dürfen Flüchtlinge überhaupt nicht arbeiten und danach nur dann, wenn es für diese Stelle keine bevorrechtigten deutschen oder europäischen Arbeitnehmer/innen gibt. Hinzu kommt, dass für viele Geduldete das Leben im Lager Lebach über Jahre hinweg zu einer Dauereinrichtung geworden ist. Ihre Lage ist gezwungenermaßen sozial und ökonomisch aussichtslos. Sie sind dazu verurteilt, im Freien oder auf ihren Zimmern die Zeit totzuschlagen.

Auf diese soziale Desintegration reagieren viele mit Depression und Krankheit. Die erzwungene Untätigkeit führt zu Motivationsverlust und einer Verkümmern der Lernfähigkeit. Die Menschen werden zum Objekt staatlichen Handelns und des öffentlichen Versorgungssystems. Und am Ende beißt sich die Katze politisch gewollt in den Schwanz: So haben wir bei der Bleiberechtsregelung bzw. der gesetzlichen Altfallregelung mittlerweile bundesweit das Problem, dass die gleiche Administration, die per Gesetz oder Verordnung eine Integration in den Arbeitsmarkt verhindert, gleichzeitig ein Bleiberecht wegen defizitärer Integrationsleistungen ablehnen kann.

Der SFR fordert für alle Menschen, die hierher geflüchtet sind ein Bleiberecht: Wer hier ist, soll auch hier bleiben. Die geduldeten Menschen in Lebach brauchen unsere Unterstützung und eine soziale Perspektive, die nicht Abschiebung heißen darf.

5. Der SFR und die CDU-Landesregierung - Sicherheitspolitik statt Flüchtlingspolitik:

Der Flüchtlingsrat wird angesichts der Landtagswahl am 30.08.2009 keine Wahlempfehlung aussprechen. Das hängt einerseits mit der Pluralität unseres Vereins zusammen, die von allen Mitgliedern respektiert und geschätzt wird. Andererseits sind wir parteipolitisch unabhängig, was für unsere Arbeit von grundlegender Bedeutung ist. Es gehört jedenfalls zu unseren Grundüberzeugungen, dass es neben den Parteien auch andere Formen qualitativ hochwertiger politischer Arbeit und Willensbildung gibt.

Davon unbenommen wollen wir aber auch keinen Hehl daraus machen, dass die Müller-Regierung eine humanere Flüchtlingspolitik im Saarland blockiert: Während innerhalb der Linken, der saarländischen SPD und bei Bündnis 90/Die Grünen nicht zuletzt durch unsere Gespräche mit ihnen deutliche Veränderungen in flüchtlingspolitischen Fragen erkennbar sind, bleibt die saarländische CDU im alten Denken und in ihren Ressentiments gefangen. Sie versteht – und solche Vertreter gibt es selbstverständlich in allen Parteien – Flüchtlingspolitik vor allem als Sicherheitspolitik. Das heißt, es geht viel um „Kriminalität“, „Terrorismus“ und „illegale Einwanderung“ und entsprechende Gegenmaßnahmen wie Abschottung und Abschreckung bis über die Grenzen der Europäischen Union hinaus, die im Innern dann durch Kasernierung in Lagern und Abschiebegefängnissen sowie Abschiebungen fortgesetzt wird.

Aus der gleichen Haltung heraus reagiert die CDU-Landesregierung bis heute auf den SFR und jede andere Gruppe, die solidarisch auf Seiten der Flüchtlinge Position bezieht. Es gab zwar in den letzten Jahren einen sporadischen Gedankenaustausch zwischen SFR und dem saarländischen Innenministerium, aber an der CDU-Sicherheitsideologie hat sich grundsätzlich nichts geändert. Im Grunde genommen ist sie Ausdruck einer politischen Schwäche, denn bei Licht betrachtet, hatte die CDU in zehn Regierungsjahren zum Thema Flüchtlingspolitik nichts Produktives und im Interesse der Menschen wenig Substanzielles zu sagen. Dazu passt auch, dass im Rahmen unserer Gespräche mit Vertretern der Parteien im Landtag ein von uns angestrebtes Gespräch zweier Rechtsanwälte des SFR mit Peter Müller nie zustande kam, obwohl es dazu seit April 2009 mehrere schriftliche und mündliche Anfragen des SFR gab.

Unser Fazit

Für den SFR ist der gesellschaftliche und staatliche Umgang mit Flüchtlingen ein Gradmesser für die Einhaltung der Menschenrechte. Sind Flüchtlinge willkommen, wenn sie

in einem der reichsten Länder der Erde Schutz und Lebensperspektive suchen oder werden sie als „lästiges Übel“, „potenzielle Kriminelle“ oder sogar als „Sicherheitsrisiko“ betrachtet? Je nach Sichtweise und Standpunkt wird sich dann auch der Aufenthalt gestalten.

Als 1993 das Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt wurde, fand das vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Debatte statt, die stark ausländerfeindliche und rassistische Züge trug. Wir erinnern uns noch an Parolen wie „das Boot ist voll“ und der „Missbrauch des Asylrechts“ müsse beendet werden. Parallel zu dieser Stimmungsmache setzte die Landespolitik auf Abschreckung und beschloss die Unterbringung der Flüchtlinge in Lagern.

Fassen wir noch einmal zusammen: Leben in einem deutschen Flüchtlingslager bedeutet, dass Menschen kaserniert, zusammengepfercht, von anderen abgeschottet und sich selbst überlassen werden. Es bedeutet schlechte Verpflegung aus Lebensmittelpaketen, einen stark eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsleistungen und ein faktisches Arbeitsverbot. Es bedeutet Ausgrenzung, Perspektivlosigkeit und Degradierung zum Objekt staatlichen Handelns. Warum das alles? Weil die unausgesprochene Botschaft leider immer noch lautet: Du bist hier unerwünscht! Hau ab! So auch in Lebach.

Dagegen sind die Forderungen des Saarländischen Flüchtlingsrates klar: Flüchtlinge sollen hier willkommen sein. Menschenlager und das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz gehören abgeschafft.

**Wohnungen statt Flüchtlingslager!
Geld statt Sachleistungen!
Selbstbestimmung ist Menschenrecht!**

Saarlouis, 10. August 2009

Saarländischer Flüchtlingsrat

Kaiser Friedrich Ring 46
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 - 4877938
Fax: 06831 - 4877939
fluechtlingsrat@asyl-saar.de
www.asyl-saar.de



**gefördert von der Europäischen Union
Europäischer Flüchtlingsfonds**